

Gemeinsame Erklärung von sächsischen Jugendverbänden zu den Einschränkungen beim Arbeitslosengeld II

PM
17.02.2006

Zu den Einschränkungen beim Arbeitslosengeld II für junge Erwachsene erklärten heute die Jugendverbände von DGB, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke.PDS und SPD in einer gemeinsamen Erklärung:

„Arbeitslose Jugendliche werden zu Erwachsenen zweiter Klasse gemacht. Es gibt keine Begründung dafür, dass Volljährige, die bei ihren Eltern wohnen, zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern gezählt werden. Wer 18 Jahre alt ist, hat alle bürgerlichen Rechte – außer er ist arbeitslos. Diese Jugendlichen werden entmündigt.

Die Abschaffung des eigenständigen Regelsatzes von ALGII und die Kürzung der Leistungen für junge Erwachsene, die im Haushalt ihrer Eltern leben, ist ein Eingriff in die Selbstständigkeit der Jugendlichen.

Junge Erwachsene werden durch die pauschale Kürzung ihres Arbeitslosengeld-II- Anspruchs zum Sündenbock für eine falsche politische Weichenstellung gemacht. Arbeitslose Jugendliche müssen die Hartz-IV-Mehrkosten bezahlen und werden unter einen generellen Missbrauchsverdacht gestellt.

Wir appellieren an Wirtschaft und Politik endlich einzusehen, dass arbeitslose Abschnitte heute in jedem Lebenslauf vorkommen und es keine Vollbeschäftigung mehr geben wird. Es ist deshalb notwendig Menschen jeden Alters in diesen Lebensphasen ohne Bedarfsermittlung oberhalb der Armutsgrenze abzusichern, statt mit Repressionen wie Ein-Euro-Jobs und den beschlossenen Kürzungen gegen die Menschen zu regieren.

Leben ist mehr als Arbeitszwang!“



www.dgb-sachsen.de